

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungsort: Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 09.05.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:20 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Angela Harm-Rehrmann
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Harms, Antje	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Krüsmann, Enno	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Stöhr, Uwe	SPD	Vertretung für Herrn Axel Stange
Wimberg, Theo	SPD	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Bartelt, Klaus-Georg		Amtsleiter Technisches Gebäudemanagement
Flohr, Dagmar		Kreisrätin

Hanekamp, Nicole	Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weimer, Doris	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Harm-Rehrmann, Angela	SPD
Stange, Axel	SPD
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich

Verwaltung

Meinen, Olaf	Landrat
--------------	---------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.03.2023
5. Einwohnerfragestunde
6. Kurzvorstellung der Fördermöglichkeiten hinsichtlich energetischer Sanierung kreiseigener Gebäude
7. Erster Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2023
8. Bericht der Beteiligungen zum ersten Quartal 2023
9. Haushaltsplanung 2024
10. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
11. Einwohnerfragestunde
12. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.00 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Albrecht vertrat Abgeordnete Harm-Rehrmann, Abgeordneter Stöhr vertrat den Abgeordneten Stange und Abgeordneter Reinken nahm in Vertretung für den Abgeordneten Weiss an der Sitzung teil.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.03.2023**

Abgeordneter Meyerholz merkte an, dass zu zwei Anfragen des Gremiums keine Ausführungen in der Niederschrift enthalten seien. Er bat um Stellungnahme zum Sachstand der Tarifangleichung in den Kreisvolkshochschulen (KVHS) und um Mitteilung eines Zwischenstandes zur Reduktion des Gasverbrauches, wobei als Zielwert eine Einsparung von 20 Prozent erreicht werden sollte.

Kreisrätin Flohr teilte mit, dass die Auskünfte zur Tarifangleichung der KVHS im Rahmen der bereits vorliegenden politischen Anträge erfolgen würden. **Herr Bartelt** berichtete, dass bezüglich der Einsparungen beim Gasverbrauch noch keine Aussage getroffen werden könne. Die Abschlussrechnungen des Energieversorgers stünden noch aus. **Baudezernent Ahten** verwies auf die von der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs. Er betonte auch, dass die genutzten Gebäude hinsichtlich Alter, Zweck und Größe unterschiedlich seien.

Der **Abgeordnete Reinken** führte aus, dass er eine Aussage zum Verbrauch innerhalb des Kreishauses erwartet habe. **Baudezernent Ahten** entgegnete, dass eine Aussage zum Gesamtgasverbrauch gewünscht werde. Eine Betrachtung von Einzelgebäuden könne aus den vorgenannten Gründen diese Anfrage nicht bedienen.

Der **Abgeordnete Krüsmann** merkte an, dass er sich unter den Ausführungen des TOP 6.1 nicht wiederfinden könne. **Abgeordneter Krüsmann** gab an, dass er den Antrag der



Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich zum Produkt 411-01 Krankenhaus hinsichtlich der Stipendien ausdrücklich unterstütze.

Vorsitzender Gossel bat im Anschluss der vorgebrachten Anmerkungen um Genehmigung der Niederschrift.

Die Niederschrift für die 9. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 14.03.2023 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Kurzvorstellung der Fördermöglichkeiten hinsichtlich energetischer Sanierung kreiseigener Gebäude**

Herr Bartelt stellte die Förderprogramme des Bundes im Rahmen der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) gemäß der Anlage 1 vor.

Ferner führte **Herr Bartelt** aus, dass der Landkreis Aurich Energieberatung für mehrere Gebäude (drei Schulen, ein Verwaltungsgebäude, zwei weitere Objekte in der Planung) in Anspruch nehme. Für die sich abzeichnenden Maßnahmen seien diverse Anträge auf Förderung gestellt. **Baudezernent Ahten** führte aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen erst nach Erhalt von Bewilligungsbescheiden möglich sei.

Herr Bartelt betonte, dass unabhängig von den konkret angesprochenen Gebäuden die Fachplaner jede anstehende Maßnahme auf energetische Optimierung und Fördermöglichkeiten untersuchen würden.

Abgeordnete Altmann bat um Darstellung der Antrags- bzw. Ausschlussfristen. Hierauf teilte **Herr Bartelt** mit, dass Anträge schnellstmöglich nach Abschluss aller Planungen zu stellen seien. Starre Fristen seien bei den dargestellten Programmen nicht gegeben. **Baudezernent Ahten** ergänzte, dass der Bund diese Förderprogramme auf Dauer ausgelegt habe. Allerdings müsse auch bedacht werden, dass die Förderhöhe pro Maßnahme deutlich geringer ausfalle, als dies bei anderen Programmen in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Abgeordneter Wimberg bat um Berücksichtigung von möglichen Förderungen, die jenseits der Bundesförderung effiziente Gebäude in Anspruch genommen werden können. Mit Blick auf ein Verbot von Öl- und Gasheizungen seien erhebliche Fördermöglichkeiten in Aussicht gestellt worden. **Herr Bartelt** teilte mit, dass selbstverständlich immer in alle Richtungen geblickt werde. **Baudezernent Ahten** trug ferner vor,



dass sich die vom **Abgeordneten Wimberg** angesprochene Förderung an Privatpersonen richte. Ob Kommunen von ähnlichen Förderungen partizipieren könnten, bleibe abzuwarten.

Baudezernent Ahten führte weiterhin an, dass Privatpersonen kostenlose Energieberatungen in Anspruch nehmen können. Energieberater könnten über die Niedersächsische Klima- und Energieagentur ermittelt werden.

TOP 7 Erster Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2023

Frau Hanekamp stellte den zur Verfügung gestellten Budgetbericht gemäß den Anlagen 2 und 3 zum ersten Quartal 2023 vor. Der erste Budgetbericht 2023 wurde zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Bargmann bat um Darstellung der Auswirkungen des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die Folgejahre. **Kreisrätin Flohr** teilte mit, dass die Ermittlung der Aufwendungen aktuell erfolge.

Anmerkung der Verwaltung:

Für das Haushaltsjahr 2024 wird mit einem voraussichtlichen Mehraufwand von rund 5,8 Millionen Euro bei den Tarifbeschäftigten gerechnet. Für die Folgejahre kann aufgrund der Gültigkeit des Tarifabschlusses bis Ende 2024 keine Prognose abgegeben werden.

Frau Hanekamp ergänzte, dass das Rechnungsprüfungsamt (RPA) darauf hingewiesen habe, dass Mindererträge möglich seien, sofern Kommunen von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich von der Prüfungspflicht der Jahresabschlüsse durch das RPA befreien zu lassen. Dieses sei aufgrund einer Gesetzesänderung möglich, wenn Kommunen mit den Jahresabschlüssen länger als drei Jahre im Verzug seien. Voraussetzung sei ein Beschluss der jeweiligen Vertretung.

Kreisrätin Flohr teilte mit, dass im Rahmen der Hauptverwaltungsbeamten-Konferenz über die Möglichkeit zur Befreiung gesprochen worden sei. Sie appellierte an alle Mandatsträger hiervon keinen Gebrauch zu machen. **Kreisrätin Flohr** führte aus, dass die Beteiligung des RPA zum Wohle der Kommunen sei.

Abgeordneter Bargmann bat um Auskunft zur Vorfinanzierung der Umbaumaßnahmen auf dem ehemaligen Kasernengelände. **Herr Bartelt** führte an, dass das Gesamtvolumen ca. 12 Millionen Euro für alle Gebäude betragen werde. Eine Erstattung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sei bisher nicht erfolgt, da die Baumaßnahmen pro Gebäude in Gänze abgeschlossen sein müssen. Mit ersten Erstattungen werde im Sommer 2023 gerechnet.

Abgeordneter Wimberg führte an, dass vor sechs Monaten mit erheblichen Flüchtlingsströmen gerechnet worden sei. **Baudezernent Ahten** teilte mit, dass weder er noch Kreisrätin Flohr mit der Frage der Flüchtlingsunterbringung betraut seien. Gleichwohl sei aktuell über ganz Niedersachsen eine Entspannung hinsichtlich Neuzuweisungen festzustellen. Dieses hänge mit Nachmeldungen anderer Bundesländer und Auswirkungen auf die Aufnahmequoten zusammen.

Abgeordnete Altmann bat um Auskunft, ob eine weitere Verschlechterung des Haushaltsergebnisses möglich sei. **Frau Hanekamp** teilte mit, dass aus dem Bericht der Fachämter an diversen Stellen ein Hinweis auf eine erwartete Budgetverbesserung zu finden sei. **Frau Altmann** bat darum, im zweiten Budgetbericht Mehrerträge bzw. Minderaufwendungen zu quantifizieren.

Abgeordnete Altmann hinterfragte die Position des Landkreises Aurich hinsichtlich der ausbleibenden Pachteinahmen beim Breitbandausbau. **Baudezernent Ahten** führte aus, dass im Betriebsausschuss „Breitbandnetz Landkreis Aurich“ umfassend hierzu berichtet worden sei. Vorangestellt zum nächsten Tagesordnungspunkt wies **Baudezernent Ahten** darauf hin, dass Mindererträge aus Pacht und Minderaufwendungen wegen ausbleibender Abschreibungen im Wesentlichen zu einem Ausgleich führen.

Zu den ausgewiesenen Mehraufwendungen im Bereich Personalwesen bat **Abgeordneter Meyerholz** um Erläuterung. **Kreisrätin Flohr** führte aus, dass der Mehraufwand durch die zusätzlichen 35,5 Stellen entstehe. Diese seien im ursprünglichen Haushaltsplan nicht enthalten gewesen. Es werde mit einem unterjährigen Ausgleich der Mehraufwendungen gerechnet. **Kreisrätin Flohr** führte aus, dass Minderaufwendungen regelmäßig durch Verzögerungen bei Stellenbesetzungen, eine spätere Rückkehr aus der Elternzeit oder einen Entfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entstehen würden.

Der **Abgeordnete Wimberg** schlug vor, in Zukunft auf den Budgetbericht des ersten Quartals zu verzichten. Es zeige sich, dass Aussagekraft und Arbeitsaufwand unverhältnismäßig seien. Die **Abgeordnete Altmann** entgegnete hierauf, dass aus Gründen der Transparenz am bisherigen Berichtsturnus festgehalten werden solle. **Kreisrätin Flohr** regte mit Blick auf die Haushaltsplanung 2024 an, mögliche Auswirkungen auf die Aussagekraft des Berichts zum ersten Quartal zu beobachten. Eine Entscheidung über die Berichtsintervalle werde unter Beteiligung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen getroffen.

TOP 8 Bericht der Beteiligungen zum ersten Quartal 2023

Frau Janssen stellte den Bericht der Beteiligungen gemäß der Anlagen 4 vor. Sie betonte die durch das Ampelsystem vereinfachte Darstellung.

Abgeordnete Altmann teilte mit, dass sie nicht nachvollziehen könne, warum beim Breitbandausbau kein Handlungsbedarf ausgewiesen werde. Die Erträge würden aktuell hinter den Planungen liegen, da wegen der verzögerten Inbetriebnahme Pachteinahmen ausgeblieben seien. **Baudezernent Ahten** teilte mit, dass die Verzögerung lediglich eine Verschiebung für das Jahresergebnis bedeute. Durch die verspätete Inbetriebnahme würden Abschreibungen nicht in geplanter Höhe anfallen. Im Wesentlichen würden sich Mindererträge und Minderaufwendungen ausgleichen.

Abgeordneter Meyerholz brachte vor, dass aus seiner Sicht die Preissteigerungen beim Breitbandausbau nicht ausreichend berücksichtigt seien. Die zu erwartenden Erträge aus Förderungen des Breitbandausbaus würden seiner Kenntnis nach voraussichtlich nicht im identischen Verhältnis wie das Investitionsvolumen steigen. Auch seien für den **Abgeordneten Meyerholz** keine Mehrerträge aus Pachteinahmen aufgrund der Preissteigerungen zu verzeichnen.

Baudezernent Ahten gab an, dass die Pachteinahmen nicht dynamisch seien. Die Förderung des Bundes sei nicht auf das Niveau der ursprünglichen Plansumme gedeckelt. Eine Steigerung des Zuschussbedarfes des Kreises sei bereits festgestellt worden. Für entsprechende Fragen verwies **Baudezernent Ahten** an den zuständigen Betriebsausschuss „Breitbandnetz Landkreis Aurich“. Diesem Hinweis schloss sich **Vorsitzender Gossel** an.

Abgeordnete Altmann bat um Auskunft, ob die Quantität der zukünftigen Kunden den Planungen entspreche. **Kreisrätin Flohr** verwies bezüglich dieser Frage an den zuständigen Betriebsausschuss „Breitbandnetz Landkreis Aurich“.

Abgeordneter Jelken teilte mit, dass die Niederschriften zu den Sitzungen des zuständigen Betriebsausschusses die vorgetragenen Fragestellungen weitgehend aufgreifen.

TOP 9 Haushaltsplanung 2024

Frau Hanekamp stellte das geplante Vorgehen bezüglich der Haushaltsplanungen 2024 gemäß den Anlagen 5 und 6 vor.

Anmerkung der Verwaltung:

Die für den 10.10.2023 vorgesehene Informationsveranstaltung musste aus terminlichen Gründen auf den 11.10.2023 verschoben werden.

Abgeordneter Wimberg lobte die Terminplanung der Verwaltung. Er bat um Mitteilung, ob das Vorziehen der Haushaltsplanungen eine Grundsatzentscheidung darstelle. **Frau Hanekamp** bestätigte dies.

Der **Abgeordnete Meyerholz** bewertete das Vorziehen der Haushaltsplanungen positiv. Er merkte an, dass mit dem beschriebenen Vorhaben den gesetzlichen Vorgaben entsprochen werde. **Abgeordneter Meyerholz** erhoffte sich durch einen früheren Haushaltsbeschluss des Kreistages auch eine schnellere Genehmigung durch das Ministerium für Inneres und Sport. Als Folge einer kürzeren Phase der vorläufigen Haushaltsführung waren für den **Abgeordneten Meyerholz** auch bessere Konditionen im Rahmen von Vergaben denkbar.

Abgeordneter Jelken begrüßte das Vorgehen der Verwaltung und unterstützte das Argument der möglichen Einsparungen. Weiterhin trug **Abgeordneter Jelken** vor, dass Investitionen derzeit aufgrund der fehlenden Haushaltsgenehmigung oftmals erst im Folgejahr durchgeführt werden könnten.

Vorsitzender Gossel appellierte an die Fraktionen Termine zur Haushaltsberatung frühzeitig mit der Verwaltung abzustimmen.

Frau Hanekamp gab an, dass aufgrund der hohen Termindichte im dritten und vierten Quartal Fraktionssitzungen gerne bis Ende Mai 2023 gemeldet werden könnten.

Abgeordnete Altmann bat darum, dass die Terminplanung dem Protokoll als Anlage angefügt wird (Anlage 6).



Der **Abgeordnete Wimberg** bat um Auskunft, ob der Landkreis Aurich mit dem Vorziehen der Haushaltsplanungen eine Vorreiterrolle einnehmen würde. **Frau Hanekamp** erwiderte, dass andere Kommunen ebenfalls die Haushaltsplanungen vorgezogen haben bzw. schon bereits mit einer vergleichbaren Terminplanung arbeiten.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Druckexemplar Haushalt 2023

Abgeordnete Buschmann bat um Auskunft, ob der Haushalt 2023 bereits gedruckt worden sei. **Frau Hanekamp** teilte mit, dass kürzlich ein Musterexemplar von der Druckerei zur Durchsicht zur Verfügung gestellt worden sei und mit dem endgültigen Druck am 08.05.2023 begonnen worden sei.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16.20 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Weimer
Protokollführerin